



SPD-Fraktion im
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt Dortmund

Drucksache Nr.:
03361-05-E2

An den
Vorsitzenden des Rates der Stadt Dortmund

15.12.2005

Gemeins. Zusatz- /Ergänzungsantrag zum Tagesordnungspunkt

Sitzungsart:	Stellungnahme	TOP-Nr.:
öffentlich		3.21
Gremium:		Beratungstermin:
Rat der Stadt Dortmund		15.12.2005

Tagesordnungspunkt

Planfeststellung für den Neubau der A 40 (Tunnellage) von Bau-km 27+448 (westlich Märkische Straße) bis Bau-km 31+111 (östlich B 236n) einschließlich des Umbaus der B 1 und weiterer Maßnahmen

hier: Stellungnahme der Stadt Dortmund als Trägerin öffentlicher Belange

Ergänzend zu der städtischen Stellungnahme im Rahmen der Planfeststellung für den Ausbau der A 40 gemäß Anlage 2 beantragen SPD und GRÜNE die Berücksichtigung folgender Anregungen, Forderungen und Bedenken:

1. Nach der Realisierung der B 1-Untertunnelung ist oberirdisch ein stadt- und anwohnerInnen-verträglicher Rückbau der B 1 vorzunehmen, der den gewünschten Lärm- und Entlastungseffekt gewährleistet und ausreichend dimensionierte Flächen sowie durchgehende Verbindungen für den Rad- und Fußverkehr schafft. Es ist durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass die zukünftige oberirdische Straße vom KFZ-Durchgangsverkehr freigehalten wird. Nach erfolgtem Umbau soll ein LKW-Nachfahrverbot einen wesentlichen Beitrag zur Lärm- und Emissionsminderung leisten.
2. Gemäß der 22. BImSchV werden Spitzenbelastungen bei Luftschadstoffen mit Grenzwerten belegt. Den Ausführungen der Verwaltung ist zu entnehmen, dass nachträglich korrigierende Maßnahmen der zuständigen Immissionsschutzbehörde nur greifen, wenn die Realisierung der Planung diese nicht unmöglich macht. Der Rat hält es deshalb für unumgänglich, dass die Prognose der Überschreitung der Grenzwerte für die Luftschadstoffe PM 10 und NO₂ zum Anlass genommen wird, die Maßnahmen zur Emissionsreduzierung in das Planverfahren einzubeziehen. Dem Rat soll zeitnah über den Umgang mit der Schadstoffproblematik berichtet werden.

3. Der Rat erbittet darüber hinaus eine Berücksichtigung und Darstellung der Konsequenzen aus der Einführung der Mautpflicht für LKW.

Mit freundlichen Grüßen

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rathaus

gez. Ernst Prüsse

gez. Daniela Schneckenburger

f.d.R.

f.d.R. Petra Kesper